

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Verkaufspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 10

Berlin, den 8. März 1930

5. Jahrgang

Die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Arbeitslosen wird immer größer. Von Woche zu Woche kommen Tausende hinzu, Männer und Frauen. Aber je mehr die Arbeitslosigkeit zunimmt, desto mehr molieren sich satte Arbeitskräften, Stammtischspieler und deren wohlfeile Presse über die Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In der „Arbeitgeber-Zeitung“ gar werden die Arbeitslosen in Gebieten verhöhnt und Spott mit ihren Nöten getrieben. Die Sozialreaktionäre dokumentieren damit, auf welcher niedrigen Stufe geistiger Verkommenheit sie bei ihrem Kampf gegen die Sozialpolitik gekommen sind. Zu denen, die sich dabei bereits einen Ruf errungen haben, kam in den letzten Wochen auch der Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, der bei einem Konviktchen in Bremen, anscheinend in feuchtschrölicher Stimmung, von sich gab, das Ideal des Deutschen sei das Ideal des Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsscheine, einschließlich den der Sterbefälle, mitbekomme. Der breiten Masse des Volks mangle der Wille zum Schaffen, das sagt ein Mann, dem 340 000 RM Jahresgehalt und schließlich bei Entlassung 2,5 Millionen Reichsmark Entschädigung zur Verfügung stehen. Schacht hat es nötig, so zu reden. Es blamiert sich eben jeder, so gut er kann. Vielleicht kommt noch eine Zeit, in der es Schacht und den anderen Hohngeßellen beigebracht werden kann, was es eigentlich heißt, als Arbeiter arbeitslos zu sein. Erfahrung in dieser Hinsicht würde sehr heilsam für die Leute sein.

Wenn schon Menschen, denen man doch immerhin eine Portion Verstand und Vernunft beimessen muß, derartige Gedanken bei einer Bällerei von sich geben, was soll man da erst von den Stammtischspielern in Ueberall erwarten, wenn sie politisieren und die Arbeitslosigkeit nach ihren Rezepten bekämpfen und die Wirtschaft in Gang bringen. Die Vierbankpolitiker sind einander wert, damit muß man sich trösten.

Auch ein Teil Unternehmer macht noch Wirtschaftspolitik nach sonderlicher Art, sonst könnte es nicht vorkommen, daß sie im Kampf um die Steuerentlastung schreien und allen Uebelständen im Wirtschaftsleben beikommen wollen. Sie können für die kranke Wirtschaft nur das Heilmittel „Lohnruhr“ verschaffen, aber es bringt keine Heilung. Den Wirtschaftsführern ist die Wirtlung ja wurst; denn sie haben sich mit ihrer Kartellpreispolitik so eingestellt, daß sie bei der 60 bis 70prozentigen Ausnützung der Kapazität der Betriebe noch direkte und indirekte Gewinne machen. Sie haben sich also gesichert und haben keine große Veranlassung, das Wirtschaftsschiff ins geregelte Fahrwasser zu bringen. Ein kleiner Zell möchte wohl, doch fehlt ihm die Kraft zum Durchsehen. Die Großen würden ihm rücksichtslos den Varaus machen. Von der Seite ist vorläufig nichts zu erwarten.

Die Unternehmer haben es nicht nur auf Grund ihrer Preispolitik bequem, der Entwicklung gelassen zuzusehen, sondern besitzen auch einen Rückhalt im Staate. Sie wissen die Staatshilfe auszunutzen. Wir wollen einige Summen angeben, damit auch unsere Kollegenschaft sieht, wie es das Unternehmertum versteht. Im Haushaltsplan des Deutschen Reiches für das Jahr 1929 findet man folgende Summen: Kredite an die Landwirtschaft 107 Millionen RM, Kredite an die Industrie 58 Millionen RM, Kredite an die Schifffahrt und Werften 49 Millionen RM, Kredite an die Luftschifffahrt 9 Millionen RM, Garantien für die Landwirtschaft 115 Millionen RM, Garantien für Handel und Gewerbe 700,5 Millionen RM, und Garantien für die Schifffahrt 68,5 Millionen RM. Das sind 1,1 Milliarden RM insgesamt, die das Reich kreditiert bzw. garantiert. Darüber regen sich die Klagen nicht so auf wie über die Ausgaben für Sozialpolitik. Das ist doppelte Moral. Solange die Unternehmer vom Staat Schutz in dieser Wertgröße haben, sind sie nicht berechtigt, über die Zuwendung von Reichsmitteln an die Arbeitslosenversicherung die Nase zu rümpfen, die Summen sind bei weitem nicht so hoch wie die 1,1 Milliarden RM Subventionen 1929. Wenn jetzt wieder der Sturm auf die Arbeitslosenversicherung entfacht wird, tun die Arbeiter und Arbeiterinnen gut, den Schimpfenden und Hörgelnden den wahren Sachverhalt vorzuhalten. Auf der einen Seite 1,1 Milliarden RM Kredite und Garantien für die Wirtschaft und auf der anderen bis Ende März voraussichtlich 560 Millionen RM Reichszuschuß an die Arbeitslosenversicherung für schlimmste Notzustände.

Das Arbeitslosenproblem, herbeigeführt durch Verlagen der kapitalistischen Wirtschaft, und nicht etwa der Arbeiter, wird viel zu wenig ernst genommen. Die einen sagen: Wer arbeiten will, kriegt schon Arbeit. Die anderen machen Spottverse auf die Stempelbrüt und verfachen so hinzustellen, als ginge es dem unterstützungsberechtigten Arbeitslosen mit dem paar Mark Versicherungsgeld besser als den tausendweil einnehmenden Schacht, Hugenberg, Vorfig, Harb, Cassel, Hornegger u. a. Wieder andere machen den Versuch, die Arbeitslosigkeit und ihre Schäden durch Demonstrationen zu beseitigen. Auch andere Hilfsmittel preist man an. Vergessen wir doch nicht: Die Arbeitslosigkeit kommt mit daher, weil in den Betrieben, Werkstätten und Büros keine Arbeit mehr war. Die Menschen sind entlassen worden, weil Aufträge für die Entlassenen fehlen. Sie werden nicht gegeben und können nicht gegeben werden, weil die große Masse nicht genügend Geld zum Kaufen und Bezahlen hat. Bedarf an Gütern ist in hohem Maße vorhanden, aber das Geld fehlt, also die Kauf-

kraft, die Konsumfähigkeit. Dann kommt noch hinzu, daß wir im heutigen deutschen Wirtschaftsgebiet 6 Millionen werttätige Menschen mehr haben als im letzten Vorkriegsjahr. Die Rentner, die ihr Vermögen verloren, die Geldleute, die arm wurden, die Nichtstuer, denen die Inflation die Barschaft fraß, sind ins Erwerbaleben übergetreten, haben Stellen besetzt und Arbeit angenommen. Der Zuwachs der Erwerbstätigen selbst kommt noch hinzu, ferner die gestiegene Produktionsmenge infolge der Rationalisierung und Technisierung. Dadurch wuchs die Zahl der Erwerbstätigen, die 1913 27 670 000 und 1929 33 881 000 betrug. Von den fast 34 Millionen sind 17,5 Millionen in der Arbeitslosenversicherung. Man kann mit anderen Worten auch sagen, für 30 Millionen Erwerbstätige ist Arbeit vorhanden, für die restlichen 3,8 Millionen nicht mehr.

Das Problem kann erst gelöst werden, wenn von zwei Seiten gelöst werden: Entweder wird durch Geburtenbeschränkung der Menschenzahl zum Arbeitsmarkt gestoppt, oder wir steigern die Konsumfähigkeit der Gesamtbevölkerung Deutschlands und nebenher den Außenhandel und sorgen damit für umfangreichere Beschäftigung und für mehr Arbeitsplätze in allen Berufsgruppen. Alle anderen Vorschläge sind mehr oder minder wirksame Behelfsmittel, die

zeitweise eine kleine Linderung bringen mögen, durch die aber die Ursachen des Auftragsmangels und damit der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Die Ursachen beseitigen, darin müssen wir unsere Aufgabe erblicken, sonst kommen wir in dieser Frage keinen Schritt weiter. Schimpfen, nörgeln, über die Arbeitslosen spotten, sie verhöhnern, die Arbeitslosenversicherung in Grund und Boden wünschen, die Sozialpolitik überhaupt herunterreißen, nützt nichts. Arbeitsmöglichkeiten schaffen, das ist notwendig. Aber darin versagt die kapitalistische Wirtschaft und auch der Reichsbankpräsident. Solange diese Kreise und ihr Anhang hierbei nicht mitarbeiten, um das Uebel auszurotten, solange haben sie kein Recht, sich über die Arbeitslosen lustig zu machen. Die Allgemeinheit hat die Pflicht, genau so wie die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten Opfer für Mängel des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu bringen. Anders geht es nicht. Helfen sie dabei nicht mit, dann brauchen sie nicht erlauft sein, wenn auch sie in den Strudel der Ereignisse mit hineingerissen werden.

Die Lage ist außerordentlich ernst, und kommt es jedoch so vor als seien die besitzenden Kreise nach dieser Richtung blind. Sie mögen acht haben, damit die Ereignisse nicht überraschend kommen.

Das Rätsel des deutschen Volkseinkommens.

Man weiß, daß es mit der Steuermoral in Deutschland und auch anderswo keine besondere Bewandnis hat. Ein gewöhnlicher Betrug wird nicht nur mit Gefängnis, sondern auch mit moralischer Entrüstung bedroht; der Steuerbetrug gehört anscheinend schon zu den guten Sitten, und seine Aufdeckung wird höchstens als Pech betrachtet. Der Grund für diese doppelte Moral liegt auf der Hand. Der gewöhnliche Betrug geht auf Kosten des gezeigten Privateigentums, der Steuerbetrug dagegen schüßt dieses Privateigentum vor den Angriffen der öffentlichen Körperschaften und der Sozialisten. Da der Arbeiter nicht auf den Gedanken kommt, Steuern zu hinterziehen, dafür ist durch die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuern gesorgt.

Eines der besten Geschäfte der Finanzverwaltung war die Einführung des Buchprüfungsdienstes. Schon durch Stichproben gelang es, Hunderte von Millionen unterschlagener Steuern festzustellen und einzuziehen. Frohdorn kann von einer gerechten Steuererhebung noch keine Rede sein. Eine Steuerhinterziehung in einer ganz anderen Größenordnung könnte in Deutschland durch die Einführung einer allgemeinen Produktionsstatistik aufgedeckt und verhindert werden. Der Reichstag ist gegenwärtig damit beschäftigt, das Gleichgewicht im Etat herzustellen, um auf dieser Basis, womöglich im nächsten Jahr, eine Steuerentlastung vorzunehmen. Um neue Steuererhöhungen werden wir vorläufig nicht herumkommen. Dann sollte aber der Reichstag einmal für einen gerechten Steuerertrag sorgen. Die gegenwärtige Sitte der Steuerhinterziehung ist eine offene Verachtung der arbeitenden Schichten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Finanzverwaltung müßte die Feststellung des gesamten Volkseinkommens und seine Verteilung auf die verschiedenen Schichten sein. Eine Scheidung des Gesamteinkommens in reines Arbeitseinkommen und reines Besitzereinkommen ist in der Praxis leider nicht möglich. Man muß sich vorläufig mit der Verteilung des Einkommens auf die verschiedenen Schichten begnügen.

Vor kurzem hat das Institut für Konjunkturforschung eine beachtenswerte Rechnung aufgestellt. Für das Jahr 1929 stellt es ein Jahreseinkommen von 46-46,5 Milliarden Reichsmark fest. Das Einkommen der selbständigen Erwerbstätigen soll betragen in der Landwirtschaft 3,4-3,6 Milliarden in Handel und Gewerbe 12,5-12,7 Milliarden aus Vermietung und Verpachtung 0,8 Milliarden aus Kapitalvermögen 3,4 Milliarden aus Sozialrenten 1,4-1,5 Milliarden aus öffentlichen Erwerbseinkünften 1,8-2,5 Milliarden

Demnach länden den 46-46,5 Milliarden Jahreseinkommen nur 22,8-23,5 Milliarden Einkommen aller Selbständigen, einschließlich der Ueberhälle der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, gegenüber!

Die völlige Unmöglichkeit dieser Rechnung weist Woytinsky in einem Artikel: „Das deutsche Volkseinkommen“ in der „Gewerkschaftszeitung“ nach:

„Der Arbeitsanteil am Volkseinkommen soll danach 66 Prozent betragen. Wenn man die öffentlichen Erwerbseinkünfte und die Unterhaltungsrenten ausschaltet, ergibt sich, daß das gesamte Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung 65,8-67 Milliarden beträgt, wovon 70 Proz. auf Löhne und Gehälter entfallen. Da die Lohn- und Gehaltsempfänger etwa 66 Proz. der Erwerbstätigen zählen, müßte ihr Lebensniveau im Durchschnitt höher sein, als das der besitzenden Klassen, die 34 Proz. der Erwerbstätigen ausmachen und sich mit 30 Proz. des Volkseinkommens begnügen müßten.“

Woytinsky weist auch im einzelnen die Unwahrscheinlichkeit der Rechnung des Konjunkturinstituts nach. Für die Landwirtschaft stellt er ein Einkommen nicht von 3,4-3,6 Milliarden, sondern von mindestens 8-8,7 Milliarden Reichsmark fest, für die Gruppe Handel und Gewerbe, die 12,5-12,7 Milliarden Einkommen besitzen soll, errechnet er 20-25 Milliarden.

Das Konjunkturinstitut kommt auf Grund der tatsächlichen Steuerabgaben und bereits mit Einrechnung eines bescheiden angelegten Prozentsatzes für Steuerhinterziehungen auf ein Gesamteinkommen von rund 70 Milliarden. Der Anteil des Jahreseinkommens mit 46,5 Milliar-

den mag stimmen. Der Anteil der selbständigen Erwerbstätigen mit 23,5 Milliarden ist falsch. Woytinsky schätzt ihn fast doppelt so hoch, und kommt so auf ein Gesamteinkommen von rund 90 Milliarden. Das würde bedeuten, daß das Jahreseinkommen voll zur Steuerleistung herangezogen, das Jahreseinkommen dagegen zur Hälfte verschleiert wird.

Eine allgemeine Produktionsstatistik würde diese verklärten Besitzereinkommen feststellen und greifbar machen. Es ist notwendig und wünschenswert eine Produktionsstatistik für eine genaue Marktanalyse und eine planmäßige Lenkung der Wirtschaft für das Unternehmertum selbst ist, so wichtig ist sie ihnen als Aufdeckung ihrer Steuer- und sonstigen Verschleierungsmittel. Die besitzenden Klassen und das Unternehmertum insbesondere verlangen Verschleierung und Vernehlung der Wirtschaft, die Arbeiterschaft muß die klare Durchleuchtung fordern.

Ein Beispiel der deutschen Steuermoral sei noch erwähnt, das uns zeigt, daß der deutsche Steuerhinterzieher wahrhaftig der tüchtigste Steuerhinterzieher aller kapitalistischen Länder ist. In England werden bei vorrichtiger Berechnung 170 Milliarden Reichsmark Vermögen versteuert, in Deutschland nur 93 Milliarden. Woytinsky meint dazu, daß es ausgeschlossen sei, daß das deutsche Volkseinkommen wesentlich kleiner sei, als das Englands, denn beide haben ungefähr gleich großes Einkommen, und das Vermögen ist ja von dem Ertrag bestimmt, den es zu erzielen vermag. „Verschiebenheit der Steuermoral“ ist die entscheidende Ursache der fehlenden deutschen Milliarden.

Es mag sein, daß man in Deutschland mit Recht vorsichtig bei Vermögens- und Einkommensberechnungen war, solange die unbegrenzten Reparationen drohten. Die zwei Milliarden des Youngplans können aber bestimmt kein Vorwand mehr sein, die Leistungsfähigkeit zu verkleinern, was nur einer ungerechten Lohn- und Steuerpolitik des Unternehmertums zugute käme.

Steuerbelastung der unteren Klassen.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine Untersuchung über die Staatsentnahmen aus Steuern und Zöllen im Deutschen Reich und im Ausland. Dieses wertvolle Material ermöglicht einen Einblick in die Schichtung der steuerpflichtigen Einkommen. Es ergibt sich daraus, daß im Vergleich zu anderen Ländern Deutschland die niedrigsten Einkommen am stärksten zur Einkommensteuer herangezogen. Das Einkommen durch die Einkommensteuer wird von der Einkommensklasse bis 5000 RM in Deutschland mit 72,5 v. H., in Frankreich mit 86,12 v. H., in Großbritannien mit 44,1 v. H., in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 0 v. H. angebracht. Die Einkommensklassen über 50 000 RM tragen in Deutschland mit 4,2 v. H., in Frankreich mit 11,0 v. H., in Großbritannien mit 21,2 v. H. und in den Vereinigten Staaten mit 39,9 v. H. an dem Gesamteinkommen der Einkommensteuer bei. Aus der Gegenüberstellung der niedrigsten und der höchsten Einkommensklasse zeigt sich bereits die wesentliche Verschiedenheit der Großstaaten. Wenn wir die Einkommensklassen in zwei Gruppen teilen, d. h. in eine bis 12 000 RM Jahreseinkommen und in eine über 12 000 RM, dann erhalten wir folgendes Bild: Die untere Grenze erbrachte in Deutschland 87,0 v. H., in Frankreich 67,1 v. H., in Großbritannien 62,6 v. H. und in den USA 17,6 v. H. der Einkommenssteuer. Der Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist ganz enorm. Aber auch zu den übrigen europäischen Großstaaten ist er nicht gering. Dies dürfte beweisen, daß die übergroße Mehrzahl der deutschen Bevölkerung in äußerst kümmerlichen Verhältnissen lebt, aber trotzdem verpflichtet ist, die größte Last der Einkommenssteuer zu tragen. Doch sind die einzelnen Länder naturgemäß schlecht miteinander zu vergleichen. — Die Steuer vom Einkommen, Ertrag und Vermögen ist am höchsten in den Vereinigten Staaten mit 75 v. H. Es folgen England mit 66, Deutschland mit 58, bis herunter zu Belgien und Italien mit je 37 v. H. Den Vermögensbesitzer und Umlauf besteuern Belgien am höchsten mit 36 v. H. Es folgt Frankreich mit 30, Österreich mit 22, Italien mit 15. Deutschland mit 13, England mit 3 und die USA mit 1 v. H. Man sieht an diesen Zahlen, daß die Besteuerung der einzelnen Länder sehr verschieden ist.

(Schluß.)

In der Diskussion

wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Bindungen und Wendungen im politisch-parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereitet haben.

Gesichtspunkte der Bauwirtschaft stehen bei der Beurteilung der Lage im Vordergrund. Das Arbeitsschicksal der Bauarbeiter ist aufs engste gebunden an die öffentliche Wirtschaft.

Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten Jahre zwangsläufig gewesen ist.

Als im vorigen Jahr Gewerkschaften und Partei Widerstand leisteten gegen den Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung, da war es doch — so wurde in der Diskussion weiter ausgeführt — möglich, die gefährlichen Anschläge der Gegner abzuwehren.

Als die Gewerkschaften die vor Jahren eingesezte Nationalisierung als notwendig und förderlich anerkannten, stellten sie die Bedingung, daß die Folgen der Nationalisierung nicht den Arbeitern aufgebürdet werden dürfen.

Ein Redner wandte sich gegen die unklare Anwendung des Begriffs Alkoholsteuer, sowie dagegen, daß man, ohne die Verhältnisse der Verhältnisse zu berücksichtigen, die bei uns geltende Biersteuer mit der Biersteuer in England — Vergleich — vergleicht.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde auch darauf hingewiesen, wie unrichtig Beamte, Angestellte und Handarbeiter behandelt werden; es wird gleichsam eine soziale Zersplitterung getrieben, keine einheitliche Sozialpolitik, welche die Interessen aller Arbeitnehmer gleichmäßig berücksichtigt.

Das allgemeine Notopfer auf der Basis der Einkommensteuer müsse möglichst weiten Kreisen auferlegt werden, auch den Arbeitern in der Form, daß die sogenannten Lohnsteuerentlastungen aufgehoben werden.

Mit großem Nachdruck wurde im weiteren Verlauf der Aussprache hervorgehoben, daß auch nur das geringste Maß von Ersparnissen am sozialen Etat völlig unerträglich ist.

Aufs schärfste verurteilt wurde die von großen Unternehmungen systematisch betriebene Kapitalflucht.

Der Versuch des Abbaus der Sozialversicherung ist um so größer, als auf der anderen Seite verstärkte Anwendungen zur Unterstützung anderer Erwerbsgruppen gemacht werden.

Dr. Arons wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß selbstverständlich eine erhöhte Steuer für die Tabak- wie die Brauindustrie eine Belastung bedeuten würde.

Der Vorsitzende Grafmann schloß die Debatte, indem er die Ergebnisse der Aussprache, die gleichsam als Richtlinie für die Politik des Bundesausschusses in der nächsten Zeit angesehen werden können, noch einmal kurz zusammenfaßte.

Der Bundesausschuss wandte sich dann der Arbeitszeitfrage zu. Spliedt begründete in kurzen Ausführungen die auf die Arbeitszeit bezüglichen Absätze der vom Bundesausschuss gleichfalls vorgelegten Entschließung.

Der Bundesausschuss wandte sich dann der Arbeitszeitfrage zu. Spliedt begründete in kurzen Ausführungen die auf die Arbeitszeit bezüglichen Absätze der vom Bundesausschuss gleichfalls vorgelegten Entschließung.

Die Gewerkschaftspresse beim Reichsarbeitsminister.

Der Reichsarbeitsminister, Kollege Wissell, war gut beraten, als er auf Anregung des Sachverständigenrates des DGB die Gewerkschaftspresse zum 11. Februar 1930 einlud.

Die Anregung zu diesem Empfang ist, wie ich Ihnen bereits in meiner Einladung mitgeteilt habe, ausgegangen von dem Sachverständigenrat für die Gewerkschaftspresse des DGB.

Wir können es sich nicht leisten, die Vertreter der Gewerkschaftspresse hier begrüssen zu können. Sind Sie es doch, auf deren einflussvolle Mitarbeit ein Reichsarbeitsminister den allergrößten Wert legen muß.

komme ja nicht darauf an, eine Politik der Schlagworte zu treiben.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß eine präzise Fassung der Forderung der Arbeitszeitverkürzung bringen wünschenswert sei.

Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Nationalisierung keineswegs identisch sei mit der technischen und organisatorischen Vervollkommnung der Betriebe.

So, wie sich nun die Dinge entwickelt haben, müssen sie ausgeglichen werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Einige Verbände, für welche die Verhältnisse einem solchen Versuch günstig sind, werden kommende Tarifverhandlungen benutzen, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern.

Damit war die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung abgeschlossen. Der Bundesausschuss nahm die von uns in der vorigen Nummer veröffentlichte Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“ bei wenigen Zimmertätigkeiten an.

Bericht des Bundesvorstandes.

Er erinnerte an die wiederholten Beschlüsse und Kundgebungen des Bundesvorstandes zu den öffentlichen, politischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit.

Es ist eine neue Legion-Büste angefertigt worden, die im Bundeshaus befestigt werden kann.

Zum Leiter der Bundeschule in Bernau hat der Bundesvorstand nach sorgfältiger Vorbereitung dieser Aufgabe den bisherigen Leiter der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Genossen Dr. Seelbach, gewählt.

In den Bemühungen der vom DGB eingesetzten Vierländerkommission, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den Grenzgebieten um Luxemburg zu fördern, steht auf starke Widerstände, die von kirchlichen Kräften und von den Arbeitgebern ausgehen.

In der Sachverständigenausschüssen, die bei den Verhandlungen über die Niedrigelobung des Saargebietes mitwirken, sind Gewerkschaftsvertreter aufgenommen worden.

Die Entscheidung über die Frage der Delegation zu dem internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm, die der dritte Vorsitzende des DGB, Hermann Müller, im Laufe der heutigen Sitzung kurz behandelt hatte, wurde auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Damit fanden die Verhandlungen ihren Abschluß.

Problem der Arbeitslosenversicherung. Indem ich dieses nenne, fällt auch schon das Stichwort „Gefahrengemeinschaft“ in den Kreis unserer Betrachtung, und drängt uns in das Gebiet der Sozialversicherung, das besondere Arbeitsfeld der Abteilung II meines Ministeriums.

Ich kenne natürlich die Einstellung der Gewerkschaften aller Richtungen zu diesem Problem, jedoch wir wollen heute hier nicht Politik machen.

Ich sagte anfangs, daß die in diesem Hause geleistete Arbeit sich nicht unmittelbar vergegenständliche und sich darum schwer bildlich wiedergeben lasse.

Die Ausschussung der Ausstellung gewährte einen Überblick über das umfangreiche Gebiet der Verwaltung des Reichsarbeitsministeriums und bot eine Übersicht über das gute, reichhaltige, statistische Material, das vorbildlich und figürlich ausgezeichnete Darstellungen enthält.

Genossenschaftliche Sachversicherung.

Die „Eigenhilfe“, Feuer- und Sachversicherungs-Aktien-gesellschaft, nahm im Geschäftsjahr 1929 an Feuerversicherungen 69 172 mit einer Versicherungssumme von 306 137 176 RM und an Einbruchdiebstahlversicherungen 6162 mit einer Versicherungssumme von 32 634 354 RM neu auf.



Lehrlings- und Mädchenausbildung in den Glasschleifereien.

Die Beschäftigung von Lehrlingen und Mädchen in den Glasschleifereien war schon immer Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen der Kollegen...

In schärfster Weise ist aber ebenso gegen die rückwärtssteigende, nicht von dem Willen zur Ausbildung, sondern zur Ausbeutung des Lehrlings gerichtete Arbeitsmethode...

Mit Hilfe von Kunststeinen und später Karborundum und Karborundumstücken sind immer größere Leistungen erzielt worden — nicht zum Vorteil der Schleifer...

Wir müssen noch billiger werden! So wird uns von den Betrieben erklärt, und so wird zu neuen Maßnahmen in der Arbeitsorganisation geschritten. Auch hier sind seitens der Arbeiterschaft alle Bestrebungen unternommen...

Im Gläser Bezirk ist man sogar in einem Betriebe zur Einrichtung von Mädchenkolonnen übergegangen, die wahrscheinlich mit dem Ruin ihrer Grundheit bei der Arbeit am Schleifrade für einen kläglichen Lohn die Glasindustrie retten sollen.

Diese Methoden werden nachgerade zu einem Skandal, dem mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Oder wollen die Behörden tatenlos diese Zustände weiter sich entwickeln lassen...

Abschiedsfeier der Tafelglashütte Murov.

Wie im ganzen Deutschen Reich und darüber hinaus mußte die handarbeitende Tafelglasindustrie der Technik das Feld räumen. Murov als letzte rheinisch arbeitende Hütte konnte auch nicht länger standhalten...

Als Anlaß der hohen Bedeutung beschloß die Zahnstelle Murov nach einer vorangehenden Betriebsabschiedsfeier am 8. Februar von seiten der Betriebsleitung noch einmal die Arbeiterschaft von Murov und Umgebung zu einer Veranstaltung zusammenzurufen für Sonntag, den 9. Februar...

Um 5 1/2 Uhr nachmittags nahm die Veranstaltung ihren Anfang. Nach Begrüßung sämtlicher Festteilnehmer, Behörden und Gäste durch den Vorsitzenden, Kollegen Biers I, hielt Kollege Krebs die Festrede.

zehntelans ausgeführten Beruf Lebewohl sagen: trotz alledem war der Beruf einer der allerhöchsten. Das mußten auch die Frauen und Kinder öfters erfahren, wenn der Ernährer abgeradert und ausgepumpt durch die anstrengende Arbeit nach Hause kam.

Ferner sagte der Kollege Krebs mit treffenden Worten die moderne Wirtschaftsform und die Notwendigkeit der Organisation auseinander. Aus diesem Grunde müßte auch von seiten der Arbeitgeber das Verständnis aufgebracht werden, daß der einzelne Arbeiter heute diese Notwendigkeit erkennt und sich organisiert.

Anschließend sprach für die Betriebsleitung Herr Direktor K. H., der im Namen der Aktionäre den Arbeitern den Dank sagte für die treue langjährige Arbeit. Ihm folgten als Redner der Herr Amtsvorsteher Schneider und Gemeindevorsteher Kollege Greiner.

Hierauf dankte Kollege Biers I sämtliche Redner und begrüßte den Gauleiter Kollegen Schmeißner, Breslau, sowie den Angehörigen Wai er, Breslau, die inzwischen erkrankten waren. Trotzdem die Murovener Arbeiterschaft unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu kämpfen hat, war der Besuch sehr gut und konnte der Saal die Festteilnehmer knapp fassen.

Christbaum schmuck-Hausindustrie.

Der Hausarbeiter in der Christbaum schmuckindustrie ist fast der Klone der Christbaum schmuckverleger. Der Hauptverleger ist der amerikanische Woolworthkonzern. Es gibt einen Teil von diesen Hausarbeitern, welche sich der Gewerkschaft angeschlossen haben, um das Sklavenjoch abzuschütteln.

Nach viel schlummer hat es bei der Firma Bernhardt & Bauer in Frankfurt am Main Beobachtet man am Freitag und Sonnabend die Männer, Frauen, Söhne und Töchter, wie sie sich mit den schwer beladenen Körben den Berg hinauf nach Ernstthal winden so muß man an die Wolensdiffer denken, die die schweren Ketten ziehen mußten.

Die Arbeiter sollen nicht glauben, daß diese Verleger Erbarmen mit ihnen haben, wenn ihr Häuschen unter den Hammer kommt, oder wenn sie den Offenbarungseid leisten müssen, weil

sie ihre Schulden nicht bezahlen können. Der Weg dieser Ausbeuter geht über Leiden. Es wird auch die das Schicksal treffen, welche den unter großen Opfern der Gewerkschaften geschaffenen Tarifverträgen hintergehen. Die Zeit wird kommen, wo die allzu Willfährigen am Ende ihrer Kraft sind.

Sklaven der Neuzeit sind die Arbeiter der Christbaum schmuckindustrie. Rückständig als Arbeiter vor dem 19. Jahrhundert. Der Syndikat dieser Sklavenhalterei ist ein thüringischer Staatsrat a. D. und Demokrat Götner in Sonneberg. Die Arbeiter der Spielwaren-, Christbaum schmuck- und Puppenindustrie können ein Lied von diesem Herrn und seinen Auftraggebern singen.

Ungarns Aufnahmefähigkeit für Glas.

—ss— Die ungarische Industriewirtschaft hat vor kurzem erst leistungsfähige Einrichtungen geschaffen, um die Glasproduktion am Orte zu steigern und die Versorgung des Binnenbedarfs damit vermehrt in die eigene Hand zu bekommen. Die mit dem Ausbau der ungarischen Glaswirtschaft verbundenen Erwartungen haben sich aber durchwegs nicht in dem vorausgesehenen Maße erfüllen lassen.

30 Proz. des örtlichen Bedarfs zu betriebligen. Dabei sind die qualitativen Leistungen der ungarischen Glasindustrie nur beschränkt. Die ungarische Produktion läßt sich im wesentlichen auf die Herstellung von billigen Haushaltsgegenständen, auf Massenware, gläserne Verpackungsmittel usw. und ist auf die Herstellung von Spezialfabrikaten, auf die ferienmäßige Erzeugung von Kunst- und Kristallgläsern usw. überhaupt noch nicht ausgelehrt.

Griechenlands Einfuhr von Fensterglas.

—ss— Der griechische Verbrauch, in erster Linie der griechische Baumarkt, stellt laufend ganz bedeutende Ansprüche an die Einfuhr von Fensterglas, da eine örtliche Erzeugung noch nicht so weit ausgebaut ist, um einen größeren Einfluß auf den Markt zu gewinnen. Hinzu kommt, daß die nationale Glaserzeugung in ihrem Leistungsgrad in der Herstellung von Nachglas noch nicht entfernt in der Lage ist, irgendeine erspürbare Menge eingestricheltem Material zu konkurrenzieren.

Glasindustrie-Maschinen in Italien.

Die Maschine Owens zur automatischen Flaschenproduktion wurde gegen 1910 in der Glasfabrik Lucchini & Perego in Mailand eingeführt. Diese Konstruktion erfuhr keine große Entwicklung. Erst im Jahre 1924 entstanden in Rom, Mail, Livorno und Mailand Fabriken, die für die mechanische Fabrikation vollständig eingerichtet waren.

Die weitläufige Entwicklung erfuhr die mechanische Produktion in der Fensterglasfabrikation. Im Zeitlauf von fünf Jahren tauchten folgende Fabriken auf:

Vetri sul Mare (Salerno)	200 Arbeiter
Porto Marghera (Venedig)	500 "
Piorro (unvollständige Fabrik)	500 "
Barra (Neapel)	200 "
Mailand (neue Fabrik)	500 "

Die zusammen eine jährliche Produktion von 10 Millionen Quadratmeter aufweisen und die Glasfabrikation fast gänzlich verdrängt haben. (Maschinen Bourcault und Libben-Owens.) Alle diese Unternehmen haben mit ihrem Vorkriegs-Verträge abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist nach der gesetzlichen Bestimmungen wie folgt geregelt: Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden.

Das Gesetz erlaubt Abweichungen für die Arbeiter, die in drei Schichten an den Fenstern beschäftigt sind. In einer Woche von dreien muß eine Schicht 56 Stunden arbeiten, damit die anderen beiden Schichten eine ununterbrochene Ruhe von 24 Stunden haben und die Schichten abgewechselt werden können. In Anwendung der hygienischen Vorschriften sind die Schichtführer der Fensterglasfabriken mit schwarzen Brillen auszustatten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erfolgte die einstimmige Bestätigung der in die engere Verwaltung der Bezirksabteilung...

Tirlichentuch, Jubilarehrung.

Am 14. Februar 1930 hatten sich die Mitglieder der Zahlstelle Tirlichentuch mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich in der Arbeiterkantine...

Die Jubilarehrung, verbunden mit Familienunterhaltung, wurde durch die Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins...

Als Vertreter des Hauptvorstandes und des Keramischen Bundes war Kollege Wierische, Berlin, für den Gau 9...

Sie auf dankten im Namen der Jubilare die Kollegen Meier und Koberger, wobei sie erwähnten, daß sie es als ihre Pflicht...

Lois Weininger.

Gräfenthal, Generalversammlung.

Die Delegiertengeneralversammlung der Bezirksabteilung Gräfenthal tagte am 28. Februar im Braustübli Gräfenthal...

Auf die Betriebsratswahlen wurde besonders eingewiesen. Vor dem Arbeitsgericht wurden 13 Kollegen mit Erfolg...

Aus dem Tätigkeitsbericht war zu ersehen, daß die Bemühungen der Verwaltung, bessere Büroräume zu schaffen...

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse mit 28.403,74 RM balancierte...

Die darauffolgende Diskussion war sachlich und antreuer. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben die einstimmige...

Am Schlußwort konnte Kollege Köhlschütter feststellen, daß bei allen anwesenden Delegierten der Wille zur sachlichen...

Rudolstadt, Generalversammlung.

In der Delegierten-Generalversammlung unserer Zahlstelle, die am 16. Februar 1930 im Konferenzzimmer der Zahlstelle...

In seinem Jahresbericht schilderte Kollege Liebeneuf ausführlich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage des Jahres 1929...

Den Kassenbericht erstattete Kollege Siegel. Aus dem Bericht war zu ersehen, welche Mittel für soziale Unterstü-

Die Hauptkasse balanciert mit 98.800,23 RM, die Totalkasse mit 30.512,19 RM. Den Revisionsbericht erstattete Kollege...

Unter Punkt 'Wahl der Ortsverwaltung' entspann sich eine längere Aussprache. Die Liste Amsterdam wurde mit 35 Stimmen gegen 7 Stimmen...

Mit der Aufforderung, alles daranzusetzen, die Organisation weiter ausbauen zu helfen, um den Moloch Kapitalismus zu besiegen, schloß Kollege Liebchen die Versammlung.

Literarisches.

'Gesundheit', Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des brennenden Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137.

'Die Neue Truppe' ist ein Unternehmendes, das die Sprechmaschinen-Schaltpläne bzw. den Koffer-Apparat 'Die Neue Truppe' sowie Schaltpläne vertreibt.



Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Bremen: Wilhelm Schmidt...

Gesucht

wird der Ziegler Wilhelm Thaler, geboren am 30. September 1869 in Lemgo, zuletzt wohnhaft in Weiche. Angaben über den Aufenthalt Thalers erbeten an den Verband der Fabrikarbeiter...

Die Zahlstelle Schönebeck u. d. Elbe sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen Geschäftsführer.

Bewerber müssen mit allen einschlägigen Verbänden und Büroarbeiten vertraut, ebenso rednerisch und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Konkurrenz wird auf eine erste Platz! Die Bewerbungen sind mit der Aufschrift 'Bewerbung' bis zum 21. März 1930 einzuliefern...

Die Zahlstelle Bitterfeld sucht einen tüchtigen Agitationsleiter.

In Frage kommt nur eine 1. Kraft. Bedingung für die Anstellung ist eine fünfjährige Mitgliedschaft in unserem Verband.

Die Bewerber müssen neben der handschriftlichen Bewerbung einreichen eine Abhandlung über 1. ihren Lebenslauf...

Die Anstellung erfolgt nach den vom Verbandstag beschlossenen Bedingungen. Die Bewerbungskosten sind bis zum 15. März d. J. mit der Aufschrift 'Bewerbung' zu senden an: G. Krause, Bitterfeld, Zeimstraße 3.

Gebundene Exemplare 'Keramischer Bund' 1929 können zum Preise von 7,- RM beim Verlag bestellt werden. Der Verlag.

Arbeitsmarkt.

Junger verh. Maschinen-Glasmacher, auf Schiller- u. Autschermaschinen bestens eingearbeitet, sucht Stellung, Wohnung...

Glasmacher, verh., sucht sofort Stellung, eingearbeitet auf Großzeug, Lampenzylinder, Grabenzylinder, Herstellung von farbigen Zylindern...

Betriebsrätegesetz und Hausindustrie.

Mit Veränderung der Staatsform 1918 sind alte Hemmnisse für sozialpolitische Fortschritte gefallen. Die Bahn wurde frei für eine unbeschränkte Neuordnung der Arbeitsverhältnisse...

Man hat die Hausarbeit auch in das Betriebsrätegesetz verankert. Auch hier kann nur eine Unvollkommenheit festgestellt werden. Die §§ 3 und 11 WBG. legen davon Zeugnis ab:

§ 3 WBG.

In Betrieben, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende (§ 11b WBG.) beschäftigen, welche in der Hauptsache für denselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen, muß ein besonderer Betriebsrat für die Hausgewerbetreibenden errichtet werden.

§ 11 WBG.

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind die im Dienste anderer gegen Entgelt oder als Lehrlinge beschäftigten Personen, mit Ausschluß der Angestellten.

Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind ferner, die in der Gemeinde des Betriebes oder in wirtschaftlich mit ihr zusammenhängenden, nahe bei ihr liegenden Gemeinden wohnenden Hausgewerbetreibenden (§ 3), welche in der Hauptsache für denselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen.

Im Zusammenhang des Gesetzestextes nach der Hausarbeitsrechtspraxis kann Hausgewerbetreibender nur derjenige sein, der neben seinen eigenen Familienangehörigen auch fremde Hilfskräfte beschäftigt, die bei ihm in einem Arbeitsvertragsverhältnis stehen. Diese Rechtsauffassung geht aus dem § 18 WBG. hervor.

Der § 3 des WBG. insbesondere weist auf den § 119b W.G. hin. Damit dürfte gesagt sein, daß der Gesetzgeber die Personen des § 119b W.G. wählbar und wahlberechtigt im Sinne des Betriebsrätegesetzes machen wollte.

Wie wichtig die Betriebsvertretung für die Haus- und Heimarbeiter ist, geht aus einer Entscheidung hervor, die unlängst vom Frankfurter Arbeitsgericht gefällt wurde.

Über die Frage, ob Heimarbeiter selbständige Unternehmer oder Angehörige des Betriebes sind, in dem sie beschäftigt werden, hat das Frankfurter Arbeitsgericht eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt.

Vor dem Arbeitsgericht bestritt die beklagte Firma, daß die Kläger überhaupt ein Einpruchsrecht gegen ihre Entlassung hätten, weil die Kläger Heimarbeiter und als solche...

Das Gericht kam zu einer Verurteilung der Firma mit der Begründung, daß die Heimarbeiter in diesem Fall als festangestellte Arbeiter des Unternehmens angesehen werden müßten, denn sie wurden nach dem Tarif entlohnt und die Lohnsteuer wurde ihnen regelmäßig abgezogen.

Die Entscheidung des Frankfurter Arbeitsgerichts, die vorstehend wiedergegeben ist, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die in der Hausindustrie beschäftigten Personen auch gegen plötzliche Entlassung geschützt werden können. Dieser Schutz bekommt aber erst dann praktische Wirkung, wenn eine Betriebsvertretung der Hausarbeiter vorhanden ist.

Im letzten Wagen.

Von Leopold Frankl

(Nachdruck verboten.)

Seine Achse, die sich angraben und heißlaufen hatte... Der Universitätsprofessor griff mit beiden Händen immer wieder an die Schläfen; er fühlte das Grauen kalt in dem Schweißhaare...

Wacht hin- und hergeschleudert zwischen Senftenrand und Gegenwand... Der Unbekannte sprang auf dem Dache, Mund am Boden, geklopft vom Schreck...

Ein Kapp-Butsch-Roman.

Zehn Jahre sind jetzt seit dem Kapp-Butsch vergangen, und dieser zeitliche Abstand gibt uns die Mächtigkeit, die Ereignisse von damals leidenschaftlicher, sachlicher und im Zusammenhang mit den späteren politischen Erscheinungen zu sehen...

Möglichst hielt sie ein wunderbares Stoffstück in Händen... Der Zug hielt. Und der Zug hielt. Und der Zug hielt. Und der Zug hielt...

Bücher gratis!

Wenn man sich vorstellen, daß es jemand in Deutschland gibt, der Bücher verleiht, jahraus, jahrein, und der dennoch jährlich 200 000 RM dabei verdient... Bücher gratis! ...

Gesellschafts- und Ferienreisen in den Spreewald. Fortgesetzte Reisen aus Arbeiter- und Anarcho-Kreisen...